

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 11.
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 3.00 M., bei Postbezug 3.00 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Aus großer Zeit“ 45 Pfg. mehr. Preis für 1 Spalt. Kleinzelte für Stadt u. Landkreis Herford 25 Pfg., sonst 30 Pfg. Fernruf 11. Die Zeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Allmählicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 297

Herford, Donnerstag, den 19. Dezember

1918

Arbeit als Zahlungsmittel.

Der Höhepunkt der politischen Krise ist überschritten. Wir steuern der Nationalversammlung und damit der gesetzmäßigen Evolution zu, statt einer neuen Revolution. Aber es wäre verhängnisvoll, sich darüber nicht vollkommen klar zu sein, daß eine zweite Krise vor unseren Türen steht, die weit verhängnisvoller und drohender ist als jene andere. An allen Litzfahnen der Großstädte prangen die beschreibenden Plakate, die zur Arbeit rufen. Die Spalten der Zeitungen sind Tag für Tag voll von den Warnungsrufen, daß der Zusammenbruch unserer Wirtschaft in der aller nächsten Zeit zu gewärtigen ist, wenn das Chaos im Wirtschaftsleben so weiter andauert wie bisher. Die Regierung der Volksbeauftragten ruft immer von neuem die Arbeiter auf, in den Betrieben zu bleiben und alle Kräfte anzukrengen, weil nur die Arbeit allein uns vor dem Hunger und der äußersten Not zu bewahren vermag. Tatsächlich ist es auch so. Alle diese Feststellungen sind noch immer nicht schwarz-weiß genug. Wir müssen die tausendfachen Anschläge vor Einzelnen gegen das Staatswohl unterdrücken, wenn es noch im Jahre 1919 ein unabhängiges Deutsches Reich geben soll. Die ungeheuren Kosten des Krieges, die vielfach noch ungeheureren „Entschädigungen“ und Wiedergutmachungen, die uns der Friedensschluß auferlegen wird, die fast ebenso großen Kosten des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft und der Auffüllung unserer leer gewordenen Lager stellen dem Staat vor Aufgaben, wie sie noch nie gewesen sind. Nur durch die Hingebung aller wird ein Steuerprogramm möglich werden können, welches das Budget wenigstens halbwegs ins Gleichgewicht bringt, ohne dabei die Initiative der Einzelarbeit von vornherein zu ertöten.

Der Staat wird sich vor allem damit befassen müssen, die großen Kriegsgewinne abzuschöpfen, um sofort größere Summen zur Verfügung zu erhalten. Man sollte denken, daß gerade die sozialistischen Arbeiter, die für die neue Staatsidee die Revolution gemacht haben, die stärksten Stützen dieser staatlichen Arbeit sein würden. Das dieser staatlichen Arbeit ist aber der Fall. So sehr sich die lange Organisationsarbeit der Gewerkschaften im ganzen Kriege bewährt hat, so sehr versagt sie jetzt. Der Arbeiter der Großstadt tut heute vielfach, was er will. Er will immer noch nicht begreifen, daß die stets von neuem aufkommenden wilden Streiks gerade den Staat treffen und gerade die neue Freiheit, die er ausgerichtet hat. Denn er ist es, der dem Staat sein Steuerprogramm auf den Wiederaufbau unmöglich macht, weil er auf eigene Faust durch seine maßlosen Lohnforderungen die Kriegsgewinne vorweg nimmt. Es ist ausgerechnet worden, daß beispielsweise die Firma Krupp nach Bewilligung der neuen Lohnforderungen täglich 2 Millionen ohne zu zahlen hätte. Sie muß damit naturgemäß binnen kurzem mit ihrem ganzen Gewinnkonto am Ende sein. Auch die Forderung der Sozialisierung hat, so wie sie erhoben wird, keinen Zweck. Sie ist sinnlos, denn sie vollendet den Zusammenbruch, und es wäre Narrheit, einen Reichtum sozialisieren zu wollen. Wir brauchen den Kredit des Auslandes, ohne den wir nicht wieder aufbauen können. Dieser Milliardenkredit wird uns aber nur dann gewährt werden, wenn wir, wie es auch der einzelne Geschäftsmann muß, unsererseits Sicherheiten und Gegenwerte zu bieten haben.

Ein Roman aus der Geschichte der Stadt Herford.

Die Herforder Zeitung für Stadt und Land beginnt am 1. Januar 1919 einen spannenden Roman aus der Geschichte unserer Stadt. Wir machen schon heute darauf aufmerksam und laden zum Bezug unserer Zeitung ein.

Einem Bankrottneur aber borgt niemand etwas. Unser einziger Gegenwert ist heute die Arbeit, die Zusammenarbeit aller und der Wiederaufbau, nicht aber das Einreisen um jeden Preis.

Reichstagsbesitz der A. und S.-Käte.

Wb. Berlin, 17. Dez. Nach: In unzähligen Orten im Westen sind von den Truppen Ausschreitungen, unterirdischen roten Fahnen usw. begangen worden. Aber geht dann im einzelnen auf die im Westen geltenden Anordnungen der Generalkommandos und der Industriebarone ein. Was sollen die Truppenausreitungen im Westen bedeuten? Man will den Zeitpunkt zu konterrevolutionären Angriffen abwarten. Unser Ansehen ist vollendet. Festlegung der Generale, Auflösung des stehenden Heeres, Entlassung der Offiziere, Bildung der roten Garde zum Schutze der Revolution. Wegnahme (Vollzugsrat) Es steht fest, daß von den Offizieren planmäßig gegen die Revolution im Lande gearbeitet wird. Der Rutsch wird gefördert durch unredliche Ausgabe, roter Fahnen, Volksbeauftragter Landsberg. Wir greifen rücksichtslos ein, wo Mißstände bestehen. Im übrigen kann ich mitteilen, daß der Kriegsminister gestern seine Entlassung eingereicht hat. Die Volksbeauftragten haben sofortige Einberufung der Reichskonferenz verlangt. Staatssekretär Schiffer war durchaus bereit zu sagen, daß eine unredliche Erhöhung der Löhne und Gehälter unmöglich sei. Die A. und S.-Käte haben durchaus sparsam gewirtschaftet. Die genaue Rechnungslegung ist aber nötig. Der Etat des Vollzugsrates enthält viel zu hohe Gehälter und Pauschalansätze. Wir allein müssen die Exekutive behalten, der Vollzugsrat hat das Kontrollrecht. Ledebour verlangt das Zugeständnis jederzeitigen Rücktritts, auch für den Vollzugsrat. Es entsteht eine ernste Geschäftsordnungsdebatte. Ebert beansprucht keine Sonderbehandlung in der Geschäftsordnung, auch die Vertreter des Vollzugsrates sollen die gleiche Rechte genießen. Die Versammlung tritt dem Vorschlag Eberts bei. Ledebour: Die hohen Ausgaben sind nicht auf uns zurückzuführen. Unser Antrag für Absetzung Eberts fußt auf sein Verhalten am blutigen Freitag. Ohne Ebert wäre das Blutvergießen in der Chausseestraße nicht passiert. Ledebour schließt: Ein Mann wie Ebert, der auf diese Weise die Leute in die Irre zu führen sucht, verdient ein Schandmal der Regierung. (Hörst, ungeheurer Lärm, Schlußruf, andererseits Händeklatschen. Fortgesetzt: Rufen der Glücke, Rufe: Offiziere raus. Alles erbebt sich und droht einander. Gewaltiger Sturm auch auf den Tribünen. Große Unruhe. Der Vorsitzende ruft die Ausrufung Ledebours. Einmütiger Lärm.) Ledebour fortsetzt: Die Vorgänge bei der Division Requis sind ein Beweis für die Gegenrevolution. Die Verteidigung in Stogitz erfolgte ohne Einverständnis des Vollzugsrates. Die Eidesformel ist nicht vereinharrt worden. Nach dieser Verteidigung auf die Sechsmännerregierung, ist es kein Wunder, daß die Soldaten sich zu Putzungen zur Verfügung stellen und den Vollzugsrat verhaften wollten. Salver-Landsberg: Die Soldatenräte Bayerns haben erheblichen Einfluß gewonnen. Die Frontsoldaten werden zu gegenrevolutionären Zwecken benutzt. (Rufe: Unruhe.) Die Offiziere verheßen sie gegen die eigenen Kameraden. Darauf tritt die Mittagspause ein. Schluß nach 1 Uhr.

Nachmittagsitzung.

Die Beratungen werden um 3.20 Uhr wieder aufgenommen. Die Besprechung des Berichts wird fortgesetzt. Ebert: Nach einem Telegramm aus Göttingen wird mit der Auflösung der A. und S.-Käte in der neutralen Zone fortgefahren. Außerdem muß vor ein Gericht gestellt werden. Die Volksbeauftragten haben die Pflicht, mit rücksichtsloser Kraft gegen die Konterrevolution vorzugehen. Freie-Saardbrücken: Jede Regierung bedarf der Kontrolle und der Kritik, aber Vertrauen will Vertrauen. Ein Schlußantrag wird eingebracht. Im Ganzen: Sprung stannen für Schluß 273, dagegen 191.

Trotzdem erhält noch der Volksbeauftragte Barth das Wort: Unseren Kameraden im Osten droht der Zusammenbruch. Wir müssen in Moskau und Paris alles tun, um zu einer Verständigung zu kommen. Unsere Brüder müssen restlos zurückgeführt werden. Landsberg und Ebert wollen den Grenzschutz im Osten. Der davon spricht, begeht ein Verbrechen an dem deutschen Volk. Wir verlangen, daß der Wille der Volksbeauftragten durchgeführt wird.

Barth fortsetzt: Nimmt die Entente uns auch noch Oberschlesien und das Ruhrgebiet, so sind wir erledigt. Deshalb Schluß mit der Militärkommission. Als die Militärkommission einziehen wollten, lagen sie abends zuvor in Marimbereitschaft, um den Zusammenbruch des Reichstags gegen 800 angeblich bolschewistische Matrosen im Schloß zu sichern. Auf Grund dieses Sachverhalts hat der Kriegsminister demissioniert. Der Grenzschutz muß sofort aufgehoben werden. Die Debatte wird wieder eröffnet. Volksbeauftragter Ebert: Was Barth vorgelesen hat sind Fragen, die einmütig im Kabinett erledigt sind, teils noch schwachen. Wir haben von Anfang an die schnellste Befriedigung unserer Truppen betrieben. (Sehr richtig.) Das Kabinett war sich einig darüber, daß der Grenzschutz im Osten absolut notwendig ist. Die Notwendigkeit des Grenzschutzes im Westen wird immer wieder betont. Waren deshalb Barths Angriffe gerechtfertigt? (Lebhafter Lärm, Rufe: Nein!) So kann man nicht zusammenarbeiten. Wir müssen uns vorbehalten, wenn nicht Sicherungen geschaffen werden, zu entscheiden, ob wir überhaupt noch in der Lage sind, unter Amt weiter zu führen. (Lebhafter Beifall. Hochrufe. Daneben Unruhe.) Die weitere Aussprache über diesen Punkt wird abgesetzt.

Wb. Berlin, 17. Dez. Von den Ersatzbataillonen wissen, soweit sich bisher feststellen ließ, folgende von den heute im Abgeordnetenhaus von den angeblichen Divisionen gestellten Forderungen (die wir bereits gestern mitgeteilt haben) nichts: 2. Garde-Regiment, 3. Garde-Regiment, 4. Garde-Regiment, 3. Garde-Feldartillerie-Regiment, Garde-Dräger-Regiment, Polizei-Präsidium und Republikanische Volkswache.

Joch und die A. und S.-Käte.

Wb. Berlin, 18. Dez. Gegenüber vereinzelt laut gewordenen Zweifeln an der bekannt gewordenen ablehnenden Stellungnahme des Verbandes gegenüber den A. und S.-Käten geben wir im folgenden eine von der Waffenstillstandskommission stammende authentische Darstellung des Sachverhalts:

Am 12. d. M. traf in Trier bei der deutschen Waffenstillstandskommission folgendes Telegramm ein: „Staatssekretär Erzberger, deutsche Waffenstillstandskommission in Trier. Arbeiter- und Soldatenrat Kreuznach drängt: Ist für die feindlichfeindliche Besetzung bzw. in diesen Tagen zu besetzenden Gebieten die ungehinderte Ausreise- und Rückkehrmöglichkeit der zu der am 16. Dezember in Berlin stattfindenden Tagung der A. und S.-Käte zu entscheidenden Delegierten gewährleistet? Direkte umgehende Antwort erwünscht. Auswärtiges Amt.“

In Anbetracht der hohen Bedeutung dieser Anfrage beauftragte der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, ein Mitglied der Kommission, sich sofort mit dem Oberkommando der Verbände in Trier ins Benehmen zu setzen, um eine Entscheidung in der wichtigen Frage umgehend herbeizuführen. Es fand eine Besprechung zwischen dem deutschen Herren und dem Vertreter des alliierten Oberkommandos statt, als deren Ergebnis Staatssekretär Erzberger mitgeteilt wurde, daß der Verband unter keinen Umständen die Arbeiter- und Soldatenräte anerkenne.

Staatssekretär Erzberger fragte in der zweiten Sitzung der deutschen Delegierten mit Marschall Joch an, ob der Bescheid, wie er im Telegramm vorliege, tatsächlich der Auffassung des Marschalls Joch und somit der Verbände entspreche. Marschall Joch wurde das Telegramm deutsch und in französischer Übersetzung vorge-

lesen. Schon bei der Kenntnisnahme des ersten, die Anfrage des Arbeiter- und Soldatenrats in Kreuznach wiedergebenden Satzes gab Marschall Joch seine ablehnende Stellungnahme zu erkennen. Zu dem Paktus der Nichtanerkennung der A. und S.-Käte durch den Verband erklärte er ausdrücklich, daß dieser Bescheid seines Vorgesetzten völlig feiner und der Verbände Auffassung entspreche. Der englische Kommandant Wemph gab seinerseits seiner Übereinstimmung mit Joch durch die Bemerkung „accord“ Ausdruck.

Damit war eine völlige kompetente Antwort in der Angelegenheit vorhanden. Konnte die Ablehnung der A. und S.-Käte in Kiel durch den englischen Kommandanten falls noch als eine Privatmeinung desselben betrachtet werden, so steht jetzt fest, daß der Verband als solcher die A. und S.-Käte nicht anerkennt.

Die amerikanischen Friedensziele.

Wb. London, 18. Dez. „Daily News“ schreiben: Die grundlegenden Argumente der amerikanischen Delegation in Paris werden folgende sein:

1. Der Völkerbund müßte einen Teil des Friedensvertrages bilden.
2. Die Freiheit der Meere muß eins der hauptsächlichsten Prinzipien sein, die durch den Bund festgelegt werden, damit Amerika nicht eine Flotte bauen muß, die groß genug sein muß, um Sicherheit gegen jedes mögliche Vorgehen durch das eine oder andere Volk zu schaffen.
3. Die gerechten Ansprüche, die an Deutschland gestellt werden sollen, müssen festgelegt werden, und es muß bestimmt werden, wie weit und auf welche Weise Deutschland hängen kann und muß.
4. Die Präliminarverhandlungen können vertraulich sein, aber die Endbeschlüsse der Konferenz müssen öffentlich gefaßt werden.
5. Alle Friedensdelegierten müssen als Vertreter einer neuen Welt, nicht als deren Beherrscher zusammenkommen. Jede andere Haltung würde einen Frieden bedeuten, der das Hinterland, durch den dann wieder neue Kriege entstehen können.

Wie verlautet, sind die amerikanischen Delegierten für Deutschland in dem vorgeschlagenen Völkerbund aufzunehmen, wenn auch unter der Bedingung einer Probezeit. Es wird von einem schon fertig ausgearbeiteten Problem Lloyd Georges, Clemenceaus und Orlando gesprochen, aber man nimmt an, daß die Beratungen nur einen vorläufigen Charakter und den Zweck haben, eine feste Grundlage für die Beratungen zu schaffen. Wie verlautet, behandeln diese Beratungen u. a. die Frage der Schadensvergütung.

Drohender Rücktritt der Mehrheits-Sozialisten.

Wb. Berlin, 18. Dez. Wie in den Reihen der Kongreßteilnehmer verlautet, sind die Regierungsmitglieder der Mehrheitssozialisten nunmehr entlassen, von ihren Posten zurückgetreten, wenn nicht in der Haltung des Kongresses eine Wendung eintritt.

Ein Vortrag Liebknechts vor den Gardekürassieren.

Wb. Berlin, 18. Dez. Auf Einladung des Kommandeurs der Gardekürassiere, Majors v. Landsberg, hielt Liebknecht gestern nachmittag einen Vortrag in der Kantine. Die Veranstaltung dieser Einladung war die von Liebknecht mehrfach aufgestellte Behauptung, die Gardekürassiere ließen sich, angestiftet von ihren Offizieren, zu gegenrevolutionären Treiben mißbrauchen. Als zweiter Redner war Heilmann von den Mehrheitssozialisten gewonnen. Nach einigen einleitenden Worten des Majors v. Landsberg ergriff Liebknecht das Wort. Er war sichtlich von einer nervösen Hast befallen. Liebknecht beklagte er sich darüber, daß er für seinen Vortrag nur 35 Minuten Zeit bewilligt erhalten habe. Trotzdem sprach er nahezu 1 1/2 Stunden. Er schloß mit dem üblichen Appell an die allgemeine sozialistische Weltrevolution. Der zweite Redner, Heilmann, forderte die Kürassiere auf, am Wahltage zu beweisen, ob sie sich für Liebknecht oder für die Mehrheitssozialisten entscheiden wollten. Zum Schluß dankte Major v. Landsberg den beiden Rednern und teilte mit, daß bei einer demnächst stattfindenden zweiten Versammlung auch ein Vertreter der bürgerlichen Demokratie zu Worte kommen würde.

Der Streik im Ruhrgebiet.

Wb. Bochum, 18. Dez. Der Streik im Ruhrgebiet erstreckt sich neuerdings auf eine weitere Anzahl von Zechen, während auf anderen der Streik erloschen ist. Auf den Zechen Wolschank, Raafeln und Rein wurden die Belegschaften von Spartakisten gegen ihren Willen in den Ausstand getrieben.

Wir verlangen Widerruf des Religionserlasses.

Der angekündigte Erlass des preussischen sozialistischen Kultusministeriums, der den Religionsunterricht in den Schulen mit Stumpf und Stiel wie Unkraut auszuroden sucht, ist tatsächlich erschienen. Seine wichtigsten Bestimmungen lauten wie folgt:

1. Das Schulgebet hat in sämtlichen Schulen vor und nach dem Unterricht fortzufallen.
2. Eine Verpflichtung der Schüler seitens der Schule zum Besuch von Gottesdiensten und anderen religiösen Veranstaltungen ist unzulässig. Gemeinsame religiöse Feiern und Abendmahlsbesuche dürfen nicht mehr veranstaltet werden. Keine Schulleiter darf mehr religiösen Charakter tragen.
3. Religionslehre ist kein Prüfungsfach mehr.
4. Kein Lehrer ist mehr verpflichtet zur Erteilung von Religionsunterricht oder zu irgendwelchen kirchlichen Verrichtungen, auch nicht zur Aufsicht beim Gottesdienst.
5. Kein Schüler darf mehr zum Besuch des Religionsunterrichts gezwungen werden. Bei Schülern unter 14 Jahren entscheiden die Eltern und Vormünder, für Schüler über 14 Jahre entscheiden die allgemeinen Bestimmungen.
6. Unzulässig ist die Aufgabe häuslicher Arbeiten für den in der Schule erteilten Religionsunterricht.

Wenn Lehrer sich weigern, Religionsunterricht zu erteilen, so sollen andere ihn erteilen, sonst die Geistlichen. Weigern sich auch diese, dann sollen die freiverwendenden Stunden mit geschichtlichen und naturwissenschaftlichem Unterricht oder mit Turnspielen ausgefüllt werden.

Hingefügt wird in der Verfügung, daß dem kirchlichen Unterricht keine Beschränkungen auferlegt werden.

Man darf sich durch die Zulassung von Religionslehrern nicht über die gründliche Arbeit, die hier gemacht wird, irre führen lassen. Nicht im Zeichen der Religions- und Gewissensfreiheit segelt diese Verfügung, durch die die gesetz- und verfassungsmäßigen Grundlagen des gesamten Volksschulunterrichts in Preußen geändert werden, sondern im Zeichen einer nur wenig verhaltenen Feindschaft gegen Religion und Christentum überhaupt. Oder gibt es einen anderen plausiblen Grund für das Verbot von häuslichen Schulaufgaben im Religionsunterricht? Man will ihn unterbinden und hat doch nichts gleichwertiges, ja, hat überhaupt nichts an seine Stelle zu setzen. Selbst in dem engen Kreis der Religionsfreien bzw. Religionslosen, der diese Religionsfreiheit ausgetüftelt hat, sollte man aber eine Abmahnung von der Macht der Religion in deutschen Landen haben, sollte man besonders in jetziger Zeit, da das schwere Schicksal stärkste religiöse Erlebenssucht in der trotz alledem tief frommen deutschen Volksseele auslöst, bedenken, welche Folgen eine solche Vergeßlichkeit der heiligsten Empfindungen gerade bei den treuesten und willigsten Volksschichten, die schon soviel haben dahinsinken sehen, haben muß. Die Ereignisse und die Diktaturverfügungen der Machthaber überstürzen sich, die Gegenwirkung mag ihre Zeit brauchen, um fähig zu sein in der Erscheinung zu treten, aber dessen können die neuen Kulturkämpfer sicher sein, es wird eine tiefe, starke Bewegung werden, tiefer und stärker als der alte Kulturkampf. Auch auf evangelischer Seite wird der aufgezwungene Kampf mit allem sittlichen Ernst aufgenommen werden. Eine öffentliche Erziehung, deren Mittelpunkt ein religiöser Moralunterricht ist, und auch dieser fehlt zur Zeit, erscheint uns völlig unzureichend und gerierend für die Grundlagen unserer Kultur. Die Erklärung, die Herr Gänisch jetzt in der Presse ver-

öffentlicht, ändert daran nichts. Sie kann keine Beruhigung schaffen. Meint er es wirklich ernst mit dem dort verkündeten Satz: Oberstes Gebot der Stunde sei, daß Meinungen unter allen Umständen im vaterländischen Interesse vermieden werden, so gibt es dazu nur einen Weg: Schleuniger Widerruf des Erlasses. D. E. K.

Eine neue Einfreisungspolitik.

Es sieht so aus, als ob eine neue Einfreisungspolitik gegen Deutschland ins Werk gesetzt werden soll. Ein als deutsch-feindlich bekannter früherer Mitarbeiter der „Nowoje Wremja“ namens Pileto hat in der in Wien erscheinenden Zeitung „Golos Kiowa“ eine Reihe von angeblichen Dokumenten aus Warschauer Blättern veröffentlicht, aus denen eine Verbindung des deutschen Generalstabes und der deutschen Reichsbank mit den bolschewistischen Führern hergeleitet werden soll. Es handelt sich dabei unweifelhaft um Fälschungen von russisch-polnischer Seite, aber daß ein gewisses System in der ganzen Sache liegt, geht wohl daraus hervor, daß der noch in den Gebirgswehren liegende polnische Staat am vergangenen Sonntag die diplomatischen Beziehungen zur Deutschen Republik mit der Begründung abgebrochen hat, daß die deutschen Behörden in Oserst den politischen Staatsinteressen zuwiderlaufende Handlungen begingen und gemeinsam mit dem Bolschewiki vorgingen. Es handelt sich hier natürlich nur um einen vorgelegten Grund. Den wirklichen Anlaß zu den sein beligen Vorgehen der Polen wird man in ihrem Bestreben finden müssen, ihre territorialen Ausdehnungsgehrnisse nun ungehemmt verfolgen zu können. Vielleicht steckt auch die Entente hinter dem polnischen Vorgehen. Vor kurzem ist ja eine Mission der Entente in Warschau eingetroffen. Sie soll wahrscheinlich den slawischen Halbkreis um Deutschland im Osten fertig schmieden, nachdem auch der neue Reichsverweser Finlands, General Mannerheim sich der Entente verschrieben hat. Polen soll nun das fehlende Glied zwischen Finnland, den Tschecho-Slowaken und Südslawen bilden. In der Ukraine will allerdings die Entente-Rechnung noch nicht klappen. Dort haben die National-Ukrainer, die von der von der Entente gewünschten großrussischen Föderationsrepublik nichts wissen wollen, den ins Ententelager abgeschickten Hetman Skoropadski gestürzt und eine national-ukrainische Regierung eingesetzt, deren Politik sich gegen die großrussischen Pläne richtet. Mit den Ukrainern werden in der Zukunft die Polen rechnen müssen, da jene den Polen an Zahl überlegen sind. Sie hätten also allen Grund sich die Deutsche Republik für die Zukunft nicht zum Feind zu machen. Im übrigen haben die maßgebenden Kreise der deutschen Regierung den Bolschewismus stets bekämpft und auch neuerdings wieder hat die Berliner Regierung die von den Berliner Arbeiter- und Soldatenräte zu entsenden, rückgängig gemacht. Man sieht daraus, daß es eine durchaus falsche aber anteiend von der Entente und ihren Helfershelfern gefälscht genährte Behauptung ist, daß Deutschland mit den Bolschewiki unter einer Decke stecke, um gegen uns eine neue Einfreisungspolitik unter der Parole der Abwehr des Bolschewismus in die Wege leiten zu können.

Adolf Hoffmann.

Der radikale Sozialdemokrat Adolf Hoffmann ist als preussischer Kultusminister ein Unikum. Ein Unikum ist auch die amtliche Rüge, die diesem Minister jetzt von seinen Ministerkollegen jetzt öffentlich erteilt wird. Vor

mehreren Jahren erklärte der konservative Heißsporn von Oldenburg-Jaumbach, daß der Kaiser jederzeit das Recht habe, einen Leutnant und zehn Mann zu schicken, um die Reichstagsabgeordneten auseinanderzutreiben. Wer hat damals über diese Diktatorgeheiß des konservativen Draufgängers mehr geschrien als Adolf Hoffmann. Derselbe Adolf Hoffmann aber erschien am 10. November 1918, am Tage nach der Revolution im preussischen Abgeordnetenhaus mit einem Unteroffizier und zwölf Mann und erklärte aus eigenem Recht, er wolle das Geschäftsgebäude und die Kasse des Abgeordnetenhauses mit Beschlag belegen. Es wird schwer sein, zu entscheiden, wer der größere Diktator ist von Oldenburg-Jaumbach oder Adolf Hoffmann. Als Bismarcks Kanzlerschaft zu Ende ging, war viel die Rede von einer Auflösung des Reichstags und, wenn die Reichstagsmitglieder dem Reichskanzler ergebenste Mahnung erbrächte, von einer eurenten Reichstagsauflösung, bis eine sichere Reichstagsmehrheit für die Regierung vorhanden wäre. Alle wahren Freiheitsfreunde haben damals gegen diese diktatorischen Vorfälle mit großer Entschiedenheit Protest erhoben. Ganz sicherlich hat am lauteften Adolf Hoffmann damals seine Stimme erhoben. Derselbe Adolf Hoffmann aber hat am 8. Dezember 1918 in einer öffentlichen Versammlung in Berlin erklärt: Wenn die Wahlen zur Nationalversammlung nicht eine sozialistische Mehrheit ergeben, würde die konstituierende Nationalversammlung, ebenso wie in Russland, mit Waffengewalt auseinandergetrieben werden. Eine solche Woge ist vergangen, ohne daß Adolf Hoffmann diese viel umstrittene Auslegung abgelehnt hätte. Am 15. Dezember hat deshalb der Volksbeauftragte Scheidemann in einer Versammlung im Palaisbakter am Zoo gegenüber dieser „gefährlichen“ Auffassung Adolf Hoffmanns erklärt: „Eins Demokraten ist es unzulässig, mit Staatsstreichgedanken zu spielen und an Besondere zu appellieren. Wir Sozialdemokraten beugen uns vor dem Volkswillen, das ist uns eine Selbstverständlichkeit.“ Am Montag morgen hat die preussische Regierung, das sind die Kollegen des Ministers Hoffmann, amtlich durch das Volksbüro erklärt, daß sie den durch das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes respektieren werde. Selbst nun nimmt sich in dieser amtlichen Regel für den Kultusminister Hoffmann die Behauptung aus, daß die Regierung „infolge Erkrankung des Herrn Adolf Hoffmann nicht in der Lage ist, festzustellen, ob die (ihm in den Mund gelegte) Auffassung zutrifft. Nicht mit lauerst fragen konservative Wähler höflich, ob denn der Genosse Hoffmann so schwer krank sei, daß in acht Tagen nicht die Feststellung möglich sein sollte, was er am 8. Dezember wirklich gesagt hat. Es wird ja auch behauptet, daß seine Auffassung gelautet habe: „Ergeben die Wahlen keine sozialistische Mehrheit, dann muß die Nationalversammlung eben gestoppt und die Diktatur des Proletariats ausgerufen werden. Jeder Parteiangehöriger muß dann bereit sein, auf die Barrikaden zu steigen, und mit seinem Körper für die sozialistische Sache einzustehen.“ Danach wollte also Kultusminister Hoffmann die Proletarier auf die Barrikaden steigen lassen; er erscheint danach also als ein noch weit größerer Diktator denn Bismarck und von Oldenburg-Jaumbach. Es ist schade, daß die schwere Erkrankung des sozialdemokratischen Diktators ihn hindert, jetzt festzustellen, was er wirklich gesagt hat. C. L.

Herford und Minden-Ravensberg.

19. Dezember.

Deutsche demokratische Frauenversammlung.

Im Vereinshaus fand gestern eine Frauenversammlung der Deutschen demokratischen Partei statt, die außerordentlich stark besucht war. Der große Vereinsaal war dicht besetzt, ein Beweis, daß, wie ich schon in der „Deutschen demokratischen Partei in unserer Stadt“ auch bei der Herforder Frauenwelt gefast hat. Buchdruckereibesitzer Kühle eröffnete die Versammlung, indem er nachdrücklich darauf hinwies, daß der Wahlkampf ehe-lich und wahr geführt werden möge. Wir treten zum erstenmal in den Wahlkampf

für die Nationalversammlung als Deutsch-demokratische Partei. Und da halte ich es für notwendig, darum zu bitten, daß dieser Wahlkampf ehe-lich, rein und mit lauterer Waffen geführt werden muß. In einer künftigen Versammlung ist die Behauptung aufgestellt die Deutsch-demokratische Partei sei eine Partei des „Berliner Tageblatt“ und der Gruppe um Theodor Wolf. Das ist eine bewusste Einseitigkeit, und wir wehren uns gegen solche Unterstellung. Ich bitte alle politischen Parteien, diesen Wahlkampf zu führen in Wahrheit und Ehrlichkeit, nicht den andern zu verachten, weil er eine entgegengesetzte politische Auffassung vertritt. Wir müssen für unsere Ziele, jede Partei für sich, kämpfen im Geiste der Brüderlichkeit, als Gleichberechtigte und alle, auch den politischen Gegner achten. Jetzt, wo Volk und Land aus tausend Wunden bluten, ist jeder ein gefährlicher Schädling am Gesamtwohl, der den Wahlkampf unehrlich und unlauter führt; denn wir können niemand entbehren bei dem Neuanfang, haben alle nötig dabei, auch den politischen Gegnern zuzugestehen. Auf dieser Grundlage beginnt unsere Partei ihre Arbeit, weil wir uns bei verantwortung fühlen dem Volk und seiner Zukunft gegenüber.

Die Rednerin des Abends war Fräulein Dr. Morisse aus Bielefeld. Ihre prächtigen, von fortwährendem Ideenreichtum getragenen Ausführungen waren das Beste, was jemals von einer Frau über Politik und Staat gehört haben. Verarbeitend auf gründlichem Studium und genauer Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, waren die Darlegungen der Sprecherin von zwingender Beweisführung, deren Logik sich keiner verschließen konnte. Darum hören auch die vielen Zuhörer von Frauen und Mädchen, die ausgereizten Rednerin in gespanntester Aufmerksamkeit zu und folgten ihr bei der Vortragsdurchführung die politische soziale u. wirtschaftliche Welt von Anfang bis zum Schluß mit voller Lust und Begeisterung.

Nachward von Fräulein Dr. Morisse die demokratischen Ziele herausgearbeitet am Hand des Deutschen demokratischen Antrags. Wir werden den Vortrag, welcher der Deutschen demokratischen Partei eine künftige Anzahl neuer Anhängerinnen gebracht hat, demnächst ausführlich hier wiedergeben.

g. Frequenz-Versammlung. Auf Einladung der Vereine Frauenhilfe hatten sich gestern Abend etwa 600 Frauen und Mädchen im Cv. Vereins-haus zusammengefunden, um sich von Fräulein Elise Lange-Bielefeld über die „Neuen Frauen-Rechte und Pflichten“ belehren zu lassen. Die Frauenrechte verkörpern sich im Frauenwahlrecht, das eingehend besprochen wurde. Einen weit größeren Raum nahmen aber die Ausführungen über die Frauenspflichten, besonders die Ausübung der Wahl ein. Das künftige Geschick Deutschlands liegt in den Händen der Frauen, 21 Mill. wahlberechtigter Frauen stehen 18 Mill. Männern gegenüber. Wer nicht wählt, unterstügt die Politik der Gegner. Alle Bedenken müssen fallen. Schwer sei es, sich schon heute für eine Partei festzulegen, da die bürgerlichen Parteien noch im Werden begriffen seien. In den Parteiverfassungen müssen wir uns ein Urteil bilden. Der Partei, die unsere heiligsten Güter beschützt, geben wir unsere Stimme. Nicht mit Versprechungen wollen wir uns abfinden lassen, sondern fragen, ob sie in der großen Organisation auch durchgesetzt werden und auch durchgeführt werden können. Ist die Politik auch mehr Sache der Männer, so ist die Sozialpolitik Sache der Frau, sie hat in erster Linie dafür zu sorgen, daß in jedem Menschen der Mensch zur Geltung kommt. Gegen die Krebschäden an unserem Volksleben zu kämpfen, ist in erster Linie Aufgabe der Frau. Gottesfurcht und Sittlichkeit sind die Grundlagen, auf denen das Volksleben gefunden kann. Nachdem nun die Rednerin auf Wunsch noch die einzelnen Parteiziele und die Wahlbedeutung gekennzeichnet hatte, wurde die anregende und belehrende Versammlung geschlossen. In folgender Entschliessung sprach sich

Bersiegelte Lippen.

Roman von A. M. Alten.

(Nachdruck verboten.)

„Ja, freilich, solche feinen Sachen, wie sie die liebe Hulda kocht, können wir nicht auf-tischen.“

„Ist auch gar nicht nötig. Zartere Küken als unsere kann sie ihm auch nicht vorlegen, und feischere Forellen noch viel weniger. Der Fritz soll sie erst holen, gerade, ehe sie in den Topf kommen. Und was dein Gemüße und dein Obst anbelangt, Mutter, da kannst du dich vor jeder Hulda setzen lassen, denn ich! Alles am rechten Platz, Finessen kann's bei uns nicht geben, aber das, was es gibt, damit können wir uns sehen lassen. Also! Amtmann Ostwald kloppte seiner edauffierten Gattin begütigend auf die Backen, „Du wirst's schon machen, Gustchen, rege dich nur nicht auf.“ Er ging lachend.

Aber Mama Ostwald sah ihm seufzend nach.

„Ja, die Männer haben gut reden, unsereiner hat doch die Verantwortung. Und was meinst du, Marie-Luise, ob wir nicht doch noch Schinken in Burgundersauc geben?“

Marie-Luise mußte lachen.

„Aber, Mama Ostwald, wenn doch Onkel nicht will!“

Die alte Dame war unentschieden.

„Er braucht ja nichts davon zu essen, oder nur ein ganz kleines Stückchen.“ meinte sie. „Auf alle Fälle werde ich den Schinken herrichten. Wenn Ostwald denn gar nicht will. . . Nun komm, Marlieschen, und hilf noch ein wenig Schoten auskühlen, du mußt aber alle dicke-

ren auslesen, nur die ganz jungen lassen, das ist gerade so eine Arbeit für dich.“

Und so half denn Marie-Luise beim Schoten-auskühlen, während ihr Herz schwer war und ihre Gedanken wenig festlich.

Das Resultat der verschiedenen Vorbereitungen war übrigens glänzend. Die Räume des alten Hauses strahlten in einem Lichtmeer, wie Lore befriedigt sagte, und die gedeckte Tafel mit ihrer Fülle köstlicher Blumen sah wirklich allerliebst aus. Das hatte Elisabeth Lehner nun einmal heraus.

Freilich, wer in die Herzen derer hätte blicken können, die an dem festlichen Tisch saßen, würde sonderbare Entdeckungen gemacht haben. Eigentlich waren wohl nur die drei Ostwaldschen Töchter unbefangen harmlos. Sowohl Marie-Luise als Klaus hatten ein viel zu schweres Herz und Ernst Boyen sah mit einem Unbehagen da, das im Laufe des Abends immer größer wurde.

Er konnte sich's ja auch nicht verhehlen, daß der Onkel sich ganz merkwürdig wohl befand. Das war ja eigentlich für ihn wichtig und günstig, denn Testamenten können umgesehen und geändert werden, aber er knirschte mit den Zähnen, wenn er daran dachte, wie teuer er sich daran dachte, wie teuer er sich eine solche Anerkennung werde erkaufen müssen. Und dieser Klaus Ostwald hörte ihn, hörte ihn jetzt ganz entschieden. Er war Frauenkenner genug, um wenigstens eine Spur zu finden die ihn beinahe auf den richtigen Weg geleitet hätte, und es ärgerte ihn mehr, als er sich selbst zugestehen wollte, daß er vielleicht gerade von Klaus Ostwald hatte weichen müssen. Auch genierten ihn die scharfen Blicke des alten Herrn, die so merkwür-

dig forschend immer wieder über die ganze Tafelrunde gingen.

Elisabeth Lehner, die neben dem alten Baron saß, vernachlässigte ihn ganz, sie widmete sich dem alten Herrn mit reizender Koketterie, war töchterlich um ihn besorgt und schien es weiter gar nicht zu empfinden, das dieser ziemlich zerstreut, wenig darauf reagierte.

Er vergaß aber doch nicht, Frau Ostwald die gebührenden Komplimente für ihr ausgezeichnetes Menü zu machen, die sie beifriedigt entgegennahm.

Sie hatte nun doch den Schinken in Burgundersauc durchgesetzt und konstatierte mit Genugtuung, daß der Baron sogar zweimal davon nahm. Im übrigen fand sie von einem Gang zum andern Todesangst aus, so daß also auch ihr Vergnügen kein ganz ungetrübtes genannt werden konnte, und sie atmete erleichtert auf, als alles vorüber war und die aufwartenden Mädchen auch den Kaffee ohne besondere Zwischenfälle, und ohne daß es Scherben gab, serviert hatten.

Frühzeitig erschien Blaumann, um den Baron abzuholen. Der alte Herr schloß sich aber so wohl daß der Diener warten mußte.

Als Marie-Luise über den Flur ging, sah sie ihn dort. Er verbeugte sich beifällig vor ihr, aber sie empfand wieder keinen forschenden, spähenden Blick ebenso unangenehm wie schon einmal. Was hatte der Mensch sie nur so anzusehen! Uebrigens hatte sie vorher so etwas wie einen Blick des Unverstandnisses zwischen ihm und Ernst Boyen aufgefingungen. Das war ja wohl nicht weit zu verwundern, aber es beschäftigte sie doch so sehr, daß sie oben in ihrer Stube, statt nach den Notizen zu suchen, die sie holen sollte eine Zeitlang nachdenklich saß und ordentlich

erschraf, als plötzlich Lores laute Stimme sie von unten rief.

„Wo bleibst du denn nur! Wir warten ja darauf, daß du hingehst.“

Zögernd ging sie hinunter. Sie sah, ohnehin nicht gern vor Fremden, obwohl Tant Oswald, die früher Gelanglehrerin gewesen war ihre sympathische Mißstimmung gut ausgebildet hatte. Aber sie wollte sich nicht zieren.

„Wo bleibst du nur?“ fragte Lora. „Wir haben alle auf dich gewartet und der alte Herr ist schon ganz ungeduldig geworden.“

So lang sie den ein paar Pieder, und zuletzt auf den besonderen Wunsch des alten Baron das Rubinfeinste. „Es blüht der Tau.“

„Sie haben dieselbe Stimme wie Ihre Mutter.“ sagte der alte Herr nachher mit einer wunderlichen Bewegung. „Dies Lied sang sie herrlich! Wie oft habe ich es von ihr gehört!“

In diesem Moment hatte Marie-Luise das Gefühl, als ob sie jemand scharf und durchdringend anschau. Ganz unwillkürlich wendete sie sich um und sah in Boyens Augen, die mit einem so seltsamen Ausdruck auf sie gestet waren, daß sie fast erschraf. Sie konnte sich keine Rechenschaft darübergeben, was es war, es schien ihr, als läge sie beinahe Abneigung oder gar Haß darin. Groß und erstaunt sah sie ihn einen Moment an, da wendete er sich mit einigen gleichgültigen Worten zu Elisabeth Lehner. Marie-Luise schickte sich über die Stirn. Hatte sie geträumt, oder war das Wirkliche gewesen? Es wurde ihr unbehaglich zumute, — vorhin Blaumann und jetzt Ernst Boyen? Was hatten sie nur? Und sie war so, als der alte Baron endlich aufsprang.

Fortsetzung folgt.

die Versammlung einstimmig gegen die Vergewaltigung der Kirche und gegen die religionslose Volksschule aus:

Hundert von wahlberechtigten evangelischen Frauen und jungen Mädchen aus dem Stadtbezirk Gerford, am 17. Dezember 1918 im Ev. Vereins- hause versammelt, erklären hiermit einmütig das Folgende: Die jetzige Regierung hat die Trennung von Staat und Kirche angekündigt. Wir unsererseits wollen eine Trennung nicht. Wir fordern eine geistliche Neuordnung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche, zu dem Zweck, daß letztere, gesichert gegen hemmende Bevormundung und waltend gegen eine gegnerische Zwangsherrschaft, weisens des Staates, als eine freie Volksschule innerhalb deselben sich ungehindert entfalten kann. Wir wollen den Kräften des Evangeliums den Weg zu den Herzen unserer Volksgenossen in keiner Weise versperrt sehen, weil wir wissen, daß es nur der feste Grund für die sittlichen Maßstäbe ist, ohne die Volk und Staat nicht bestehen können. — Wegen einer Ueberführung der schwierigen Angelegenheit und erst recht gegen jede Vergewaltigung unserer Kirche durch eine vorläufige Regierung legen wir auf das Entschiedenste Verwahrung ein. Die evangelischen Mütter unter uns, die der Schule ihren heuerlichen Schatz, ihre Kinder, anvertrauen, und mit ihnen alle Anwesenden verlangen zugleich, daß die Schule auch ferner, auf christlicher Grundlage aufgebaut, dem evan. Religionsunterricht, sowie der Schulandacht Raum lasse, weil ohne diese Seele der ganzen Unterrichts- und Erziehungsarbeit notwendig eine Verdrängung der Sittlichkeit tritt und diese ihre innerste Kraft und ihr Ziel verlieren würde. Wir müßten uns als Verdrängung an unserer Jugend und damit am ganzen Volke ansehen, wenn einer kleinen Minderheit zu Liebe die sehr wohl auf andere Weise berücksichtigt werden kann, der erdrückenden Mehrheit unseres gesamten Volkes das Beste in der Welt in der Schule vorenthalten und diese dadurch entwertet würde. Das alles um unseres liebsten deutschen Volkes willen, das durch die Kraft des Evangeliums groß geworden ist und auch sie allein erhalten werden kann. Das Reich muß uns doch bleiben.

— **Volkserziehung** ist der Gegenstand, den am Sonnabend abend in einer öffentlichen Versammlung Seminarlehrer Claus von hier behandeln wird. Raum ein Thema interessiert in der heutigen Zeit mehr wie Erziehungsfragen. Über von sachverständiger Seite etwas zu hören, darf keine Mutter und kein Vater die Gelegenheit veräumen.

— **Weihnachtspostverkehr.** Am Sonntag, den 18. Dezember, sind die Postschalter von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit Ausnahme von 11–12 Uhr vormittags geöffnet. Im Ortsbezirk findet eine einmalige Bestellung von Briefen und Geldern und eine zweimalige Paketbestellung statt; im Landbestellbezirk werden Briefe, Pakete und Gelder einmal abgetragen. An den Weihnachtstagen sind die Postschalter wie Sonntagen geöffnet. Die Briefbestellung wird im Ortsbestellbezirk wie an Sonntagen ausgeführt; ferner wird an beiden Tagen vormittags die Paketbestellung, am 26. auch eine Geldbestellung stattfinden. Die Bestellung in den Landbestellbezirken ruht am 25., am 26. findet sie einmal im angegebenen Umfang statt.

agb. **Einheitliche Regelung der Arbeitsverhältnisse im Reich.** Im Reichsarbeitsamt wird eine Kommission ausgearbeitet, welche die Rechtsverhältnisse, sowie die Bildung von Ausschüssen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben für das ganze Reich einheitlich regelt. Die Vorarbeiten für diese Verordnung sind nahezu abgeschlossen, daß die Veröffentlichung in aller nächster Zeit zu erwarten steht. Es empfiehlt sich, bis dahin Verhandlungen und Meinungen der Arbeiter- und Arbeitgeberverbände, die nicht im Auftrag der Reichsregierung handeln, angeordnet werden.

a. **Neue Bestimmungen für Kriegswitwen.** Ein Vernehmen mit dem Herrn Reichsminister des Innern, dem Justizministerium und dem Evangelischen Oberkirchenrat wird genehmigt, daß auch kriegswitwen, welche die regeltrechte Verfügung nach der Unterpraxis einer deutschen kriegswitwen höheren Lehranstalt erreicht haben, den Universitäten immatrikuliert und an den kriegswitwen Hochschulen als ordentliche Studierende zugelassen werden. Diesen Studierenden aber die Bedingung aufzulegen, daß sie vor Eintritt in die erste Berufsprüfung der (Kriegs-) kriegswitwen-Prüfung ablegen.

h. **Familienunterstützung u. Kriegsteilnahme.** In einem Schreiben des preussischen Kriegsministeriums vom 23. November 1918 an den Reichstagsabg. Dr. Müller-Meiningen heißt es: Über diese wichtigen Fragen u. a. wie folgt: Nach Begutachtung auf die gefällige Ueberzeugung des Schreibens eines Unteroffiziers vom 2. Oktober 1918 wird einer Hochwohlgeborenen folgendes mitgeteilt: Nach Lage der geltenden gesetzlichen Bestimmungen können nur Offiziere und Beamte (Friedens- und des Wehrdienstes), so wie Unteroffiziere des Friedensstandes (Kapitulanten) aus Heeresmitteln Unterstützungsbezüge erhalten. Sämtliche Mannschaften und Unteroffiziere des Wehrdienstes sind dagegen auf die von den Versorgungsverbänden zu zahlende reichs- geistliche Familienunterstützung angewiesen, z. B. den privaten Angestellten, aus Heeresmitteln Kriegsteilnahmebezüge zu gewähren, würde im Widerspruch zu dieser grundsätzlichen Regelung stehen und eine Zurücksetzung der übrigen Angehörigen des Wehrdienstes bedeuten. Wenn die reichsgeistliche Familienunterstützung nicht ausreichen sollte, um die berechtigten Ansprüche der Heeresangehörigen des Wehrdienstes zu befriedigen, so kann nur auf dem Wege eines Ausbaues der reichsgeistlichen Familienunterstützung geholfen werden. Ich habe demgemäß Abdrift dieses Schriftwechsels dem Herrn Staatssekretär des Reichsamts des Innern zur Kenntnisnahme übergeben.

C. W. **Besteigen eines in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens.** Eine 66 Jahre alte Frau ist bei dem Versuch, einen Straßenbahnwagen zu besteigen, hingefallen. Sie wartete an der Haltestelle auf die Bahn, hatte den einen Fuß bereits auf dem Trittbrett und die Hand an der Haltestange, als die Bahn vorzeitig mit scharfem Ruck fortfuhr. Ihr auf Grund des Haftpflichtgesetzes gegen die Straßenbahngesellschaft geltend gemachter Anspruch auf Rente wurde vom Landgericht und Oberlandesgericht Hamburg als berechtigt anerkannt. Es wurde betont, daß die Frau schon einige Zeit an der Haltestelle auf den Wagen gewartet habe. Sie sei durch andere sich vor ihr herandringende Fahrgäste veranlaßt worden, als Letzte einzusteigen; es stehe fest, daß sie schon ihre Hand am Handgriff hatte, bevor sie hinfiel. Das Hinfallen sei daher durch die Einwirkung der Fortbewegung des Wagens veranlaßt. Ein Verschulden der Frau würde aber auch dann zu verneinen sein, wenn der Wagen beim Einsteigen schon in Bewegung war. Ein Fahrgast, der an der Haltestelle gewartet und nun von anderen Personen zurückgedrängt werde, habe das natürliche Bestreben, noch mitzukommen. Er dürfe erwarten, daß der Führer und Schaffner warten, bis alle Fahrgäste eingestiegen sind.

agb. **Abgabe abgeordneter Fahrgäste der Heeresverwaltung.** Um die nicht mehr für Heereszwecke verwendbaren Fahrgäste und Geschirre möglichst der Landwirtschaft, der Industrie und den städtischen Fuhrwerken zuführen zu können, sind die Militärdepots und die Traindepots beauftragt, jeden bei den Depots stattfindenden Verkauf den Kriegsamtsstellen und Kriegswirtschafts- ämtern ihres Bereichs so rechtzeitig mitzuteilen, daß die Benachrichtigung der Abnehmer erfolgen kann.

— **Preise für rote Beten in Essig.** Die Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft in Braunschweig veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ Nr. 296 eine Bekanntmachung über die Hersteller-, Großhandels- und Kleinhandelspreise für rote Beten in Essig. Der Herstellerpreis ist einschließlich Verpackung frei Verladeplatz auf 42 M., der Großhandelspreis einschl. Fracht bis zur Station des Klein- händlers auf 47,50 M., der Kleinhandelspreis auf 60 M. je Zentner festgesetzt worden.

— **Die Revisionen der Invalidentafeln** wird fortgesetzt: Förderstraße und Löhnerstraße. Luitpoldstraße, Aufrechnungsbezeichnungen, Lohn- und Gehaltsbücher sind bereit zu legen.

la. **Geschlechtskrankheiten.** Eine Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten befindet sich im Hause des prakt. Arztes Sanitätsrat Dr. Henkel in Bielefeld, Herfordstraße 47. Sprechstunden: Dienstags und Freitags nachm. von 4–5 Uhr. Die Beratung ist unentgeltlich.

Karl Herford-Bidenhausen.

Diebstahl, 18. Dez. Heute abend 6 Uhr findet bei Gastwirt Schöner eine öffentliche Volksversammlung statt, in der die Deutsche demokratische Partei ihre Ziele entwickeln wird.

bb. **Minden, 17. Dez.** Der Bezirksausschuß wies heute eine Klage des Ortsarmenverbands Minden gegen O. A. B. Frille ab. Minden beantragte von Frille 300 M. für Pflegekosten eines kranken aus Frille im kgl. Krankenhaus. Die Klage wurde abgewiesen, da Minden nicht den Beweis liefern konnte, daß Frille der Unterstützungswohn- stich des Verpflegten sei, der auch in Minden gear- beitet und gewohnt hat. — Eine Klage des Ritters- gutschalters Jsmar gegen den Magistrat Stein- heim wurde ebenfalls abgewiesen, da letzterer den ersten zu Recht auch von seinen Pachtbesitz zur Gemeinde-Einkommensteuer veranlagt hatte. — Ortsarmenverband Säger klagt gegen O. A. B. Bielefeld wegen Erstattung von 597 M. (täglich 1,50 M.) für Pflegekosten eines Geisteskranken im Jakobstift in Werthe. Der Bezirksausschuß gab der Klage statt, ermäßigte aber den Satz auf 1,10 Mark. Bielefeld muß auch 4 Proz. Zinsen bezahlen.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Krautwalle in Dresden.

III. **Dresden, 16. Dez.** In der Nacht zum Sonntag kam es in Dresden zu neuen großen Krautwällen. Nach Mitternacht rüttelte sich eine Menschenmenge in der Klei- bahnhofstraße, unmittelbar am Hauptbahnhof aufzulaufen und drang unter Führung von Matrosen und Soldaten in das Konzerthaus ein, um dort nach angeblich aufge- spürten Lebensmitteln zu suchen. Da man dort nichts vorfand, machte man seinem Verger Luft durch riesigen

Sä-n. In Militärkaserne vom Hauptbahnhof rückte mit gefüllten Säcken heran. Die Sparsamkeit setzten sich zur Wehr. Es begann eine große Schiebererei, die lange andauerte. Es gab Tote und Verwundete. Da die Sparsamkeit die Tote und Verwundeten mitnehmen konnten, konnten deren Namen bisher nicht festgestellt werden. 14 Personen wurden verhaftet. Die Zahl der Toten wird auf 5 angegeben, die der Verwundeten beträgt 40.

Kartoffel- und Kohlenmangel im Elsaß.

III. **Strasbourg, 18. Dez.** Die „Neue Zür. Ztg.“ meldet aus Oberelsaß, daß dort großer Kartoffelmangel herrscht, der von der französischen Regierung nicht behoben werden kann. Ebenso herrscht großer Kohlenmangel. Wegen Arbeitsmangels auf den Soargruben besteht die Gefahr, daß zahlreiche Grubenbetriebe eingestellt werden müssen. — Aus Metz, Strasbourg, Kolmar und anderen Städten werden fortgesetzt Ausweisungen altschweizer Familien gemeldet. Dem Vernehmen nach werden die Höchsten der lothringisch-luxemburgischen Werke infolge Kohlen- mangels demnächst ausgeschrieben werden müssen.

Die Apanage der Anastasia.

Die neue Regierung von Mecklenburg-Schwerin hat jedoch beschlossen, daß die aus Landesmitteln bisher ge- zahlten Apanagen und Wittümer für die Angehörigen des bisher großherzoglichen Hauses nicht mehr zur Aus- zahlung gelangen sollen. Darunter befindet sich auch die Gesamtsumme von 191 000 Mark, welche bisher an die Frau Großherzogin-Mutter Anastasia zur Auszahlung gelangte. Man erinnert sich, daß diese Dame trotz ihres hohen Alters immer ein sehr vergnügtes Leben geführt hat, und den größten Teil des Jahres in Monte Carlo und an der Riviera verlebte. Selbst zur Hochzeit ihrer Tochter, der Kronprinzessin Cecilie, erschien sie nicht in Berlin. Allerdings hieß es damals, daß wegen ihrer und dem Kaiser schwere Differenzen beständen. In Wirklichkeit soll sie sich infolge ihrer wüßigen Willkür und ihrer freieren Lebensauffassung niemals so recht zum Berliner Hofe hingezogen gefühlt haben und auch am Schweriner Hofe behielt sie den russischen Einschlag bei und bediente sich mit Vorliebe der französischen Sprache. Zu den weiteren Leidtragenden gehörte, infolge der be- festigten Apanage-Verschärfung, auch der bekannte Afrika- reisende Herrgott Friedrich von Mecklenburg, der zu- nächst dem kaiserlichen Hauptquartier im Westen ange- hörte, dann die Verhandlungen mit dem bulgarischen Jaren für dessen Eintritt in den Weltkrieg führte, da Wilhelm II. sich niemals recht mit dem Koburger zu stellen vermochte und dem schließlich eine deutsche Ex- pedition nach Persien führte, die aber trotz ihrer vorzüg- lichen Ausattung mit französischem Champagne, Bene- diktiner und anderen Schnäpsen kein Resultat zeitigte. Dieses Glied der Mecklenburgischen Familie verlor 40 000 Mark an Apanage, sein Bruder der Herzog Jo- hann Albrecht, der frühere Herzog von Brauns- schweig und Vorsitzender der deutschen Kolonialgesellschaft und Mitbegründer der deutschen Vaterlandspartei 75 000 Mark. Mit 186 000 Mark fällt die Großherzogin Marie, mit 749 650 Mark der Herzog Carl Friedrich, mit 40 000 Mark der Herzog Heinrich zu Mecklenburg, mit ebensoviel der vielgenannte Herzog Heinrich Bismarck und mit 20 000 Mark die Herzogin Marie Antoniette, daß der mecklen- burgische Staat auf diese Weise den Betrag von 695 640 Mark erspart.

Ein Streik der Kommodianten.

Ein Streik im Deutschen Opernhaus zu Charlotten- burg, zeigt gleich manchen anderen Fällen, wohin wir steuern. Die Sonntagsvorstellung mußte ausfallen, da unmittelbar vor dem Beginn das Personal mit Aus- nahme der Solisten in einen Streik eintrat. Vor nur wenigen Tagen hatten wir uns die Leitung der Bühne mitteilt, die Angestellten außer den Solisten an die Bühnenleitung eine Eingabe gerichtet, worin sie mit kürzester Frist eine Erhöhung der Gehälter und Löhne verlangten, die teilweise eine Verdoppelung bedeuten, und die den Personalrat des Unternehmens um 1/4 Millionen Mark gesteigert hätte. Diese Forderung mußte die Bühnenleitung ablehnen, weil sie den Zusammenbruch der Gesellschaft in wenigen Wochen herbeigeführt hätte. Sie erbot sich aber, den Angestellten Einblick in die Rech- nungsverhältnisse des Unternehmens zu gewähren, damit sie sich selbst davon überzeugen könnten, daß ihre Forde- rungen den Anin des Theaters bedenkten. Ohne auf dieses Anerbieten einzugehen, verweigerten Arbeiter, Chor und Orchester sofort den Dienst. Zur Kennzeichnung der Forderungen mag dienen, daß die Löhne der Bühnen- arbeiter mit 600 M. monatlich beginnen sollen.

Durch persönliche Vermittlung von Oberbürgermeister und Polizeipräsident ist der Streik „einstweilen“ be- gelegt. Es muß daran erinnert werden, daß Choristen und Soubretten erst nachträglich durch Vermittlung der Bühnengemeinschaft neuerliche Lohnaufbesserungen er- halten haben.

England und die Antwerpener Diamantindustrie.

Schon seit längerer Zeit beschäftigen sich die be- griffen Zeitungen mit den Bemühungen der Engländer, die sehr bedeutende Antwerpener Diamantindustrie, welche vor dem Kriege tausenden von Arbeitern ein gutes Dasein gab, nach England zu verpflanzen. Letztlich gebrauchte der „Socialist“ Belgien, das Organ Camille Huysmans, das bittere Wort gegenüber England, daß es aus der gegenwärtigen Lage genug profitiere, um auch noch die belgische Diamantindustrie mit Beschlag zu legen. Wie man aber aus der englischen Presse erfahren kann, wird in England gleichwohl an der Verpflanzung der belgischen Diamantindustrie gearbeitet. Nach dem „Financial News“ ist in Brighton bereits ein großes Atelier zur Ausbildung von Diamantschleifern errichtet worden. Protektor ist der bekannte M. B. Oppenheimer und unter- stützt wird das Unternehmen durch die mächtige De Beers Co. Ltd. und durch das Diamond Syndikat. Es werden dort bereits Kriegswitwen in der Kunst des Diamantschleifens unterrichtet, und, wie das englische Blatt meldet, machen die Leute rasche Fortschritte. M. B. Oppenheimer hat bestimmt, daß noch eine große Zahl neuer Schüler angenommen werden soll. Die De Beers Co. hat in Brighton noch ein großes Terrain angekauft, wo zwei große Werkstätten errichtet werden, die genügen, um über 13 000 Arbeiter unterzubringen. Die „Financial News“ sprechen ihre Freude darüber aus, daß durch die Initiative des M. B. Oppenheimer dem

Land eine so bedeutende und lohnende Industrie zuge- führt wird, erwähnen aber natürlich nicht, daß diese Entwicklung auf Kosten der belgischen Diamantindustrie geht.

Die amerikanische Heeresleitung an die Deutschen.

Nach den Beispielen der belgischen, französischen und englischen Heeresleitung, hat nunmehr auch die ameri- kanische eine Proklamation an die Bevölkerung des von ihr besetzten deutschen Gebietes erlassen. Sie ist vom Oberbefehlshaber Pershing unterzeichnet und lautet: Das Heer der Vereinigten Staaten von Amerika, in Verbin- dung mit den militärischen Behörden der alliierten Mächte wirkend, nimmt Besitz und hält mit Truppen besetzt: im Bezirk Erier die ganzen Kreise von Dann, Prüm, Wittlich, Berncastel, Erier (Stadt) und Erier (Umgebung); im Bezirk Koblenz die ganzen Kreise von Andern, Almsweiler, Koblenz (Umgebung), Cochem, Mahen, Remscheid, St. Goar, Simmern und Zell und den ganzen Kreis Alfentrichen mit Ausnahme des am öst- lichen Ufer des Rheines und ferner als 30 Kilometer vom östlichen Ende der Koblenzer Rheinbrücke gelegenen Teiles; im Bezirk Wiesbaden die ganzen Kreise von St. Goarshausen, Unterlahn und Unterverwalt, mit Aus- nahme der Teile der drei letzteren Kreise, die ferner als 30 Kilometer vom östlichen Ende der Koblenzer Rhein- brücke liegen. Das oben beschriebene Gebiet auf seine Einwohner unterworfen den militärischen Verordnungen und der Autorität des amerikanischen Heeres. Diese Ver- ordnungen sind ausdrücklich: Man verlangt einen unbedingten Gehorsam von allen. Diejenigen, die das Gesetz beobachten, brauchen zwar keine Angst zu haben. Das amerikanische Heer bezweckt keinen Krieg gegen die Zivil- einwohnerschaft. Alle die sich gesetzmäßig und friedlich betheiligen und den Vorschriften der militärischen Behörde Folge leisten, können auf Schutz von Haus, Gut, Person und Glauben rechnen. Alle anderen werden sofort mit Entschlossenheit und Strenge zur Rechenschaft gezogen. Das amerikanische Heer wird sich in seinem Verhalten streng an das Völkerrecht, sowie an die von der zivilisierten Welt erkannten Kriegsgrundregeln und Gebräuche halten. Jhresseits muß die Bevölkerung vermeiden, den amerikanischen Truppen durch Wort oder Tat Feind- schaft zu zeigen oder Hindernisse in den Weg zu setzen. Die Bevölkerung hat jetzt die Pflicht, ihren Lebensbetrieb ordnungsgemäß fortzuführen, die nor- malen Zustände ihrer Schulen, Kirchen, Krankenhäuser und Wohltätigkeitsanstalten wiederherzustellen und ihr örtliches Volksleben wieder aufzunehmen. Dann wird sie nicht gehindert, sondern unterstützt und beschützt werden. Insofern ihre Haltung und ihr Benehmen es zuläßt, werden die Gerichte, Klante und Einrichtungen unter amerikanischer Aufsicht weiter geführt und die jetzigen Gesetze und Vorschriften, insofern sie die Rechte und Sicherheiten der amerikanischen Truppen nicht beeinträchtigen, werden ungeändert in Kraft bleiben. Jede Ver- letzung des Kriegswortes, jede Feindseligkeit und jeder Gewaltversuch, sowie Ungehorsam gegen die Verord- nungen der militärischen Behörden wird strengstens be- straft.

Unsere heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Verantwortlich für den Text- und Inseratenteil: Fr. Kuhle, Herford.

Städtischer Verkauf.

In der Turnhalle Wilhelmplatz wird täglich Eisei-Protokollverkauft.

Herford, den 18. Dezember 1918. Der Magistrat.

Städtischer Käseverkauf.

In der Turnhalle am Wilhelmplatz werden gegen Vorlegung der Lebensmittelliste auf die Person 100 Gr. Spezialkäse zu 72 S.

in nachstehender Reihenfolge abgegeben:

Am Freitag, den 20. Dezember 1918, vorm. von 8–9 Uhr an die Inhaber der Lebensmittellisten Nr. 5828–6359, von 9–10 Uhr Nr. 6360–6968, von 10–11 Uhr Nr. 6969–7580.

Beim Kaufe ist die Lebensmittelliste zur Eintragung vorzulegen. Eine Abfertigung außerhalb der vorgeschrie- benen Reihenfolge findet nicht statt.

Herford, den 19. Dezember 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Fleischpreise. wird für die Woche vom 16. Dezember bis 22. Dezember auf 200 Gr. Fleisch und Wurst festgesetzt. Beliefert werden 6 kleine Fleischmarkenabschnitte mit 80 Gr. Wurst.

Der Verkauf in den Schlachtereien am Freitag, den 20. Dezember nachmittags und Sonnabend, den 21. De- zember findet in folgender Reihenfolge statt:

Freitag, den 20. Dezember 1918, 4–6 Uhr nachmit- tags die Fleischmarkenabschnitte 6–8.

Sonnabend, den 21. Dezember 1918, 8–12 Uhr 9–3, 2–4 Uhr 11–12.

Herford, den 18. Dezember 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am Freitag, den 20. u. Sonnabend, den 21. Dezember, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, findet im Rathaus, Zimmer Nr. 1, (Eingang von der Weierstraße) die Weihnachts- besichtigung der Kriegswitwen- und Waisen statt.

Die Kriegswitwen der Stadt Herford, auch diejenigen, welche von auswärts zugezogen sind, werden zu dieser Besichtigung alle herzlich eingeladen.

Für Marmelade, die auszugeben wird, ist ein Gefäß mitzubringen.

Ueber die nicht abgeholtten Geschenke wird am Sonn- abend den 21. d. Mts. um 6 Uhr nachmittags ander- weitig verfügt werden.

Herford, den 17. Dezember 1918. Der Magistrat.

Ausschuß für Kriegswitwen- und Waisenfürsorge.

Schwarzenmoor, den 18. Dezember 1918.

Ganz unerwartet erhielten wir am 14. d. Mts. die traurige Nachricht, daß unser einziger lieber Sohn, Bruder und Bräutigam, der Hilfsbremser

H. Pohlmann

im Alter von 21 Jahren durch ein Unglück der Eisenbahn in Calberlah von uns gerissen wurde.

In tiefer Trauer:

Familie H. Pohlmann
und alle Verwandte,
Martha Schröder als Braut.

Rheinisch-Westfälische Zeitung

Werktaglich
3 Ausgaben:
Morgen
Mittag
Abend
Sonntags einmal

Essen
Dortmund - Duisburg

Hauptvertretungen:
Elsfeld, Bochum, Düsseldorf, Elberfeld-Barmen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Krefeld, Mülheim-Ruhr, Münster in Westfalen, Recklinghausen, Wanne, Witten

Bezugspreis: **5** 25
durch die Post ohne Bestellgeld
vierteljährlich

Bedeutendste Zeitung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Unabhängiges nationales Organ. Erstklassiger Handelsteil. Reichhaltiges Feuilleton. Zuverlässige und schnelle Kriegsberichterstattung. Hervorragendes Anzeigenblatt, namentlich für die Eisen- und Schwerindustrie. Großer Stellenmarkt.

Von heute ab verkaufen wir

**alle Damen-Mäntel
alle Mädchen-Mäntel**

ohne Bezugschein

da dieselben mit auf die Freiliste gestellt sind.

Verein der Webwarenhändler
Herford.

Café Germania.
Täglich: **Konzert.**
Nachmittags v. 3 1/2 - 6 1/2 Uhr. Abends v. 7 - 10 Uhr.

Brinkmann's Konzertsaal.
Weihnachtsmarkt, den 20. Dezember:
Großes
Militär-Konzert.
Anfang 5 Uhr nachmittags.

Am Freitag, den 20. Dezember 1918;
abends 8 Uhr pünktlich,
im Saale des Evangl. Vereinshauses:
Vortrag
des Herrn Architekten W. Köster über:
**Mittel und Wege zur Wiederbelebung
der Bauartigkeit und zur Steuerung der
Wohnungsnot**
mit nachfolgender Aussprache.
Alle Angehörigen und Freunde des Bau-
gewerbes, Männer und Frauen, werden dringend
eingeladen.
Richard Bödelmann, **Buse,**
Vorstand des Bauvereins, Oberbürgermeister.

Futter für Pferde und Schweine.
Wir haben 2 Waggon beschädigte Möhren
erhalten, die wir in der Markthalle zu ermäßig-
ten Preisen verkaufen.
Herford, den 19. Dezember 1918.
Lebensmittelamt.

**Große Ladung
preiswerte, gefüllte
Kastenzugwagen**
und wieder eingetroffen.
H. Meyer,
Kochwaren-Spezialgeschäft
Lübberstraße 22.

Verloren!
am Mittwoch morgen zwischen
9 und 12 Uhr in der Nähe
der Realschule eine Herren-
uhr mit Kette. Der ehrliche
Finder wird gebeten, dieselbe
gegen Belohnung in der Ge-
schäftsst. d. Zeitung abzugeben.
Die Uhrnummer ist 43488.

**Briefmarken-
Sammlung**
aus Privatband zu kaufen ge-
sucht. Leopold Horstmann,
Vielefeld, Friedenstr. 1.

**Kaufmännischer Verein
von 1908 (Hamburg).**
Bezirk Herford.
Mitglieder-versammlung
einj. Lehrlingsabst.
Heute, Donnerstag, d. 19.
Dezember, abends 8 Uhr
im Vereinslokal Herford. Er-
scheinen aller Mitglieder drin-
gend erforderlich. Nichtorgani-
sierte willkommen.

Neue Welt.
Von heute ab ist mein Lokal
für das gebräute Pulver wie-
der geöffnet.
Am Weihnachtsmarkt d. 20.
Dezember 1918
großes Konzert
wogu freundlich einladet.
Ww. Siebte.

Musikverein.
Heute:
Gemeinfame Probe
Damen 8 1/4 Uhr.
Herren 8 1/2 Uhr.

Aus dem Felde zurück
habe ich meinen Betrieb über-
nommen und bitte die geehrte
Kundschaft um Zuspruch.
Hud. Koll.
Holzschuhfabrik, Eickum.

**Aus dem
Felde zurück.**
Habe mein Geschäft wie-
der aufgenommen.
Schneiderm. Wiegels,
Mierstraße 19.

**Für größeres Hof in der
Nähe von Bielefeld wird zu so-
fort oder später ein
zuverlässiger
Junge**
von 15-16 Jahren gesucht, am
liebsten einer, der etwas mit
Pferden umgehen kann. Nachfr.
unt. 3789 in d. Geschäftsst. d. Ztg.

**Suche zu soj. od. später einen
Lehrling
zur Erlernung des Malerhand-
werks. W. Hagemeier,
Winkelstraße 20.**

**Ordnentliches
Mädchen**
welches zu Hause schlafen kann,
für sofort gesucht.
Goltstraße 13 II. Etg.

**Durch das Arbeitsamt
d. Landv. - Kammer sind
zu erlangen
ordentliche
Dienstmädchen
und
Burschen
kontraktlich auf
1 Jahr.**

Stotterer
erhalten gratis meine Broschüre
über die Ursache des Stotterns
und die Beseitigung desselben
ohne Arzt und ohne Verunsiche-
rung (D. R. P.). Die Zusen-
dung erfolgt sofort in Kuvert
ohne Firma vollständig kosten-
los.
H. Steinmetz,
Hagenburg (Schm.-Bippe).

Das von Herrn Gustav Voigt geführte
Friseur-Geschäft
in Hause des Herrn Badermeister Heinrich
Schröder
Mindenerstraße 29
habe ich mit dem heutigen Tage übernommen.
Bitte mein Unternehmen gütlich zu unterstützen.
Karl Funhoff,
Friseur.

Pferdeversteigerung.
Am Sonnabend, den 21. Dezbr., vor-
mittags 9 Uhr, werden auf dem Hofe der Kä-
rasslerstraße ca. 100
Pferde
öffentlich meistbietend versteigert.
Kriegsanleihe wird vorzugsweise in Zahlung
genommen.
Händler sind vom Verkauf ausgeschlossen. Es
werden nur Landwirte und Gewerbetreibende zu-
gelassen, die im Besitz einer Pferdefurche sind.
Halfter und Stride sind mitzubringen.
Hände-Pferde-Pazart 39 Käufer.

Zum Weihnachtsfest
empfehle:
Brotmaschinen
Fleischbackmaschinen
Haushaltswagen
Einfachapparate
Kochtöpfe
Kaffeebrenner
Garbidlampen
Bandfließmühlen
Dünnengarnituren
Waschmaschinen
Lampenbaumstübe
Modellschlitten
Werkzeugkasten
Schlittschuhe
Taschenlampen
Taschenmesser
Feuerzeuge
Büchsen
Bilderplatten
Kofferkoffer

Carl Dürfopp,
Herford, Lübberstraße 19.
Sonntags geschlossen!

antigenische Schweißarbeiten
sowie Reparaturen aller Art,
liefert prompt und sauber.
Schweizer Fahrrad- u. Maschinenfabrik
von Heinrich Wittler.
Die an der Lübberstraße Nr. 15 den Erben
Krafft gehörige
Besitzung
bestehend aus geräumigem Wohnhaus, Scheune,
Lagerräume und großem Garten an zwei Straßen-
fronten gelegen, soll verkauft werden.
Näheres durch:
Robert Formel, Auktionator,
Hollandstraße 49.

Empfehle zu Weihnachten
moderne Korbmöbel
für Veranden, Wintergärten, Vorplätze, Erker,
behagliche Räume usw.
Ferner
Kinder-Möbel
Carl Eikmeyer,
Korbwarenfabrik
Herford - Stiftbergstraße 16.

Wir haben freibleibend abgegeben:
Eine gebrauchte, aber gut erhaltene u. betriebs-
fähige
Kopfsaule
von 1500 mm Planscheibendurchmesser, 1150 mm Spitzhöhe,
mit Stufenstange und Doppelvorlege, zum Preise von
Mk. 600,- ab Werk.
Eine Beschäftigung der Maschine kann nach vorheriger An-
meldung jederzeit bei uns stattfinden.
Eisenwerk Weserbütte Aktiengesellschaft
Bad Drenthausen i. W.

Die letzte große Sendung
Stoppelnrüben
traf ein, der Ctr. kostet 4 Mk. Wir empfehlen
dringend sich einzudecken, frisches Gemüse wird sehr
knapp werden. Butter- und Abfallmilch (Waste)
ist reichlich vorrätig.
Gemüse- und Obstmarkt
G. m. b. H., **Arndstraße 6.**

Weihnachtsbäume die letzte Sendung
ist eingetroffen
H. Coring, Rennmannstraße 19.
Backpapier
in Bogen haben wir sehr preiswert abgegeben.
Herford, Herford für Stadt und Land.
Fam. Preiser 22.

Lichtspielhaus Wittekind
Höckerstraße 5. Fernsprecher 690.
Nur noch 2 Tage!
Der größte Erfolg unserer
Henny Portentage!
HENNY PORTEN
in:
„Die Sieger“
Gesangseinlage: „O, du mein Glück.“
Die schöne Jolan
mit Ellen Richter, Lu Synd u. Hugo Flink.
Das reizende
Nordische Lustspiel:
„Der Mann für alles“.

Serforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Serford.

für Stadt

und Land

Geschäftsstelle: Serford, Rennstr. 29/31. Fernruf 88
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/2 jährlich 3.00 M., bei Postbezug 3.00 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Aus großer Zeit“ 45 Pfg. mehr. Preis der 1. Spalt. Kleinzeile für Stadt u. Landkreis Serford 20 Pfg., sonst 30 Pfg. Anzeigen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Serford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Serford

Nr. 297

Serford, Donnerstag, den 19. Dezember

1918

Gewaltige Aufträge.

Im Rahmen der Maßnahmen der Demobilisation spielt die Schaffung von Notstandsarbeiten eine ausserordentlich wichtige Rolle. Es geht bei ihnen darum, der Arbeitslosigkeit, die sich als Folge der Entlassung von Millionen deutscher Männer, die durch Jahre hindurch unter den Fahnen stand, einstellen wird und einstellen muß, nach Möglichkeit zu steuern. Wenn es sich früher in Friedenszeiten darum handelte, drohender Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten entgegenzuwirken, so wurden nicht selten Projekte in Angriff genommen, deren Notwendigkeit von vornherein nicht unbedingt nachgewiesen war. Man sah darauf, möglichst schnell den Händen, die nach Arbeit verlangten, sie aber nicht ohne weiteres finden konnten, Arbeit zu schaffen, und machte sich der Zweck und Nutzen dessen, was geschaffen wurde, keine besonderen Gedanken. Wir waren ja vor dem Krieg ein reiches Land und konnten es uns leisten, auch einmal Anlagen und Einrichtungen zu bauen, die nicht unbedingt notwendig waren. Das ist durch den Weltkrieg von Grund aus anders geworden. Es wäre töricht, zu freudig, wollte man bestreiten, daß das deutsche Wirtschaftsleben unter der Einwirkung des Weltbrandes durchdringt gelitten hat, daß es schwer darniederliegt und daß es gewaltigen Anstrengungen, langwieriger Mühsal, strengster Sorgfalt bedürftig wird, um es wieder aufzurichten. Die Frage, ob es je gelingen wird, die deutsche Wirtschaft wieder einmal zu dem gewaltigen Aufschwung und der starken Macht zu bringen, die sie ehemals besaß, vermag heute niemand zu sagen. Nur davon dürfen wir wohl überzeugt sein, daß alle Kreise, die sich über die Stellung im Leben, die das Reich in der Welt einnehmen muß, wenn es nicht völlig zu Grunde gehen will, bereit sein werden, ihr Bestes an den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens zu setzen, wie sie es über vier Jahre hindurch bei der Verteidigung des Vaterlandes getan haben.

Bei allen Maßnahmen, die diesem Wiederaufbau dienen sollen, dürfen wir die Tatsache nicht aus dem Auge verlieren, daß Deutschland ein armes Land geworden ist. Zahlmässig werden sich die Verluste, die uns der Weltkrieg beigebracht hat, vielleicht nie genau angeben lassen. Aber es bedarf einer ziffernmässigen Darstellung unserer Einkünfte an wirtschaftlicher Kraft gar nicht, um uns der Pflicht bewußt werden zu lassen, die wir beim Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens zu erfüllen haben. Wir werden uns in allen Dingen auf Jahre hinaus, ja, auf Jahrzehnte hin, nach der Decke strecken müssen. Wir werden damit rechnen müssen, daß wir keinen Pfennig ausgeben dürfen, der nicht unbedingt notwendig ist, dessen Zweckmässigkeit sich nicht selbst nachweist. Dieser Grundsatz muß auch bei der Schaffung von Notstandsarbeiten beachtet werden. Wir dürfen nicht auf Geratewohl Arbeiten aufnehmen und durchführen, nur deshalb, damit so Gelegenheit geschaffen wird, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Im übrigen brauchen wir uns wohl kaum lange den Kopf darüber zu zerbrechen, wo Notstandsarbeiten nötig sind. Vor allem haben unsere Verhältnisse durch die gewaltigen Leistungen, die ihnen der Krieg auferlegte, Not gestiftet und sind dadurch ausserordentlich bedürftig. Bereits gibt es auch die preislich-heftige Eisenbahnverwaltung bekannt, daß sie möglichst rasch 150 000 bis 200 000 männliche Arbeitskräfte einstellen könne. Für die notwendigen Reparaturarbeiten allein werden 90 000 Arbeiter angefordert. Die Gesamtaufträge, die die Eisenbahnverwaltung vergibt, um den schwer zerrütteten Lokomotiven- und Wagenpark wieder einigermaßen in Stand zu setzen, belaufen sich auf über drei Milliarden Mark. Es handelt sich also um ganz gewaltige Zahlen. Erfreulicherweise hat die Eisenbahnverwaltung dafür Verständnis, daß die von verschiedenen Seiten befürwortete Anregung, die Vergütung der großen Aufträge möglichst zu dezentralisieren, neben der großen Industrie auch Handwerk und Gewerbe zu beschäftigen, ihre volle Berechtigung hat.

Neben der Eisenbahnverwaltung erscheint die Wasserbauverwaltung mit staltlichen Projekten aus dem Plan. A. a. sind für Bauten zur Verringerung des Mittellandkanals sofort 300 Millionen zu vergeben. Dabei ist allerdings die alte Forderung aufs neue zu erheben, daß der Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes, der ohne Frage eine zwingende Notwendigkeit ist, auf Grund eines Programmes durchgeführt werden soll, das die einzelnen Kanal- und Kanalisierungsvorhaben nach ihrer Wichtigkeit gruppiert. Die Erfahrung, die wir während des Krieges auf dem Gebiet des Verkehrslebens machen konnten, haben sich zur Erkenntnis verdichtet, daß nur eine planmässig betriebene Wasserstraßenpolitik die Gewähr dafür in sich schließt, dem deutschen Wirtschaftsleben ein Netz von schiffbaren Strömen und Kanälen zur Verfügung stellen zu können, das die Interessen des Gesamtwirtschaftslebens des Reiches wirklich fördert. Leider sind alle Bemühungen um ein solches Wasserstraßenbauprogramm, die von den verschiedensten Seiten während des Krieges unternommen wurden, fast gänzlich erfolglos verlaufen. Dazu kommt, daß zu befürchten steht, die

ungünstige wirtschaftliche Lage, in die Deutschland durch den Krieg geraten ist, werde eine gewisse Mitleidigkeit, einen Mangel an Unternehmungsgeist auch nach der Rückkehr hin zeitigen, daß man sich an die Inangriffnahme der Verwirklichung unserer Wasserstraßennetze nicht heranwagt. Eine solche Wendung der Dinge wäre sehr zu bedauern. Wir verstehen nicht und haben eingangs dieser Zeilen mit allem Nachdruck betont, daß Deutschland heute arm ist und sich nach der Decke strecken muß. Allein, der Ausbau seiner Wasserstraßen gehört ohne Frage zu den unaufschiebbar notwendig gewordenen Unternehmungen. Es versteht sich von selbst, daß nicht gleich auf einmal alle Wünsche nach dem Ausbau des Wasserstraßennetzes erfüllt werden können. Man wird die wichtigsten und bewährtesten auswählen und sie zunächst durchführen müssen. Welcher Art aber auch immer die Notstandsarbeiten sein mögen, entscheidendes Prinzip muß bleiben, daß auch für sie das Gebot strenger Wirtschaftlichkeit Geltung hat. Die gewaltigen Aufträge, die die Verwaltung unserer Verkehrseinrichtungen vergeben können, werden mitgehen, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Dabei kann es nur von größtem Nutzen sein, planmässig und hausälterlich zu verfahren. D. K.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Wth. Osnabrück, 16. Dez. Der militärisch-polizeilichen Nach- und Nachschub-Abwehrungsstelle Osnabrück ist es gelungen, Heeresgüter im Werte von etwa einer Million Mark, die auf dem Wege des Schleicherhandels verschwinden sollten, für die Allgemeinheit zu retten. Ein Beamtenstellvertreter und zwei Grenadiere einer aus dem Felde zurückkehrenden Divisions-Markendivision haben mit Hilfe gefälschter Papiere, die sie sich gegenseitig ausstellten, ihnen anvertraute, mit Markendivisionen behaftete Wagons verkauft, um den Erlös für sich zu behalten. Der genannte Dienststelle gelang es im letzten Augenblick, den größten Teil der Waren zu beschlagnahmen und der Heeresverwaltung wieder zuzuführen. Nach dem aus dem Erlös bereits verkauften Waren erzielte Geld mußten die Schieber der Staatskasse wieder abliefern.

Rast eine halbe Million Mark unterschlagen.

Köln, 17. Dez. Bei der Filiale der Deutschen Bank in Köln sind unlängst, wie B. Z. meldet, Unterschlagungen in Höhe von fast einer halben Million Mark verübt worden. Der Täter, ein Angestellter namens Schüller, ist gefasst.

Ausdehnung des Bergarbeiterstreiks.

Wth. Oberhausen, 16. Dez. Der Bergarbeiterstreik hat nunmehr auch auf die Zechen Witten, die zur hiesigen Bergwerks-Gesellschaft Wittenberg gehört, übergegriffen.

Thyffens Anlage.

Wth. Mülheim, 17. Dez. Die am 7. 12. verhafteten Mülheimer Großindustriellen Thyffens, Stinnes u. h. haben bei der Staatsanwaltschaft in Duisburg Strafanträge wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Freiheitsberaubung erstattet. Ferner wird die Verhaftung des Redakteurs Gmünder, der dort erscheinenden unabhängigen Zeitung „Die Freiheit“ wegen schwerer Verleumdung und gegen den 2. Vorsitzenden des A. und S. Rates von Mülheim wegen verleumdender Beleidigung verlangt. Der Berliner Polizeipräsident wird beschuldigt, die Verhaftung der Verhafteten vor dem zuständigen Amtsgericht nicht sofort veranlaßt, sondern sie widerrechtlich drei Tage in Haft gehalten und schließlich nur infolge des Eingreifens des Rates der Volksbeauftragten und des preussischen Ministeriums aus der Haft entlassen zu haben.

Unruhen in Danzig. — Öffnung der Militärgefängnisse.

Danzig, 17. Dez. Hier wurde in der Sonntagsnacht die auf dem Bahnhofsgebäude wohnende rote Fahne entfernt und durch eine schwarz-weiß-rote Fahne ersetzt. Infolgedessen rotteten sich gestern zahlreiche Arbeiter zusammen und hielten die Reichsfahne wieder herunter, ebenso eine große Anzahl anderer Fahnen. In einem Stadtteil durchzogen die Arbeiter mit Maschinengewehren die Straßen. Ein Zug erschien vor der Danziger Zeitung, von der Forderungen erhoben wurde, die man jedoch mit Hinweis auf die Pressefreiheit ablehnte. Schließlich wurden noch drei Militär-Gefängnisse geöffnet und eine große Anzahl Gefangener befreit. Es wurde wohl geschossen, doch scheint es ohne Wert abgegangen zu sein.

Die Reutlinger Arbeiterkassette gegen den A. u. S.-Kl.

Wth. Berlin 15. Dez. Eine Versammlung der städtischen Arbeiter vor Reutlingen, der über 2000 Personen bewohnten, gab ihrer hellen Empörung über die Annahme der Spartakusgruppe Ausdruck und beschloß, dem Volksrat r. u. S. K. Großberlins die Mitteilung zu machen, daß die Arbeiterkassette Reutlingen die unehrerlichen Zustände in der Gemeinde nicht länger zu dulden geneigt ist. Wenn bis zum Montag, um 10 Uhr vorm., nicht eine Aenderung eintritt, würde die Arbeiterkassette versuchen, sich selbst zu ihrem Rechte zu verhelfen. Der jetzige A. S. K. müsse unter allen Umständen aufhört und durch einen neuen ersetzt werden, der von der ganzen Arbeiterkassette und den Soldaten gewählt ist. Die städtischen Beamten und Angestellten Reutlingen schlichen sich dem Vorgehen der Arbeiterkassette voll an.

Reutlingen.

Wth. Berlin, 17. Dez. Die Besetzung des in den Händen der Spartakusgruppe befindlichen Reutlinger Rathauses wurde mit großer Energie vorgenommen. Ein Zug des 64. Infanterie-Regiments rückte vor das Rathaus, sperrte den Platz ab und ließ Maschinengewehre aufstellen. Eine Reihe von mit Handgranaten bewaffneten Soldaten drängte das schnell sich anammelnde Publikum zurück. Gleichzeitig wurde das Polizeipräsidium, die Sparkasse, das Telephonamt und die Post von den 64ern besetzt. 10 Mitglieder des Reutlinger Volksrats, darunter der jetzige Polizeipräsident von Reutlingen, Köring, wurden verhaftet. Erst gegen 8 Uhr abends wurden auf Befehl des Polizeipräsidenten Eichhorn und der Regierung die verhafteten Volksratsmitglieder auf freien Fuß gesetzt und die Verhaftungen von Soldaten der Sicherheitswehr abgelöst. Verhandlungen mit der Regierung, die auf Einigung zwischen dem Reutlinger Volksrat, den Mehrheitssozialisten und den 64ern angingen, sind im Gange.

Die „Thomaner“ verzichten.

Die ältere Schillerkassette der Thomasschule zu Leipzig, deren „Thomaner“chor auf seinen verschiedenen Konzertreisen europäische Berühmtheit erlangte, einigte sich in einer in der Aula ihrer Schule abgehaltenen Tagung auf folgende bemerkenswerte Entschliessung: Wir verzichten aus eigener Initiative darauf, Schülerräte von uns aus an unserer Schule zu bilden. Denn im gegenwärtigen Augenblick kommt alles darauf an, zu verfügen, daß die höheren Bildungswerte erfüllt werden. Dies würde bei einer Übernahme der Grundzüge des russischen Bolschewismus eintreten, die auf eine völlige Untergrabung jeder Autorität hinauslaufen. Wir brauchen und wollen die Autorität unserer Lehrer, zu deren Mehrzahl wir das Vertrauen haben, daß sie den Nuerungen, die auch wir auf dem Gebiet der Schule herbeiwünschen und unserm Bestreben die Schülerpersönlichkeit zur Geltung zu bringen, verständnisvoll gegenüber stehen werden. Wird jedoch von der Behörde die Bildung von Schülerräten angeordnet werden, so werden wir gehorchen und unverzüglich zu Wahlen von Vertrauensmännern der einzelnen Klassen schreiten. Diese würden dann, gestützt auf anerkanntes Recht, nicht auf eine von uns willkürlich angenommene Macht, die Interessen der Schülerschule im Einvernehmen mit den Lehrern unserer Schule im Sinne dieser Entschliessung wahrzunehmen versuchen.“ sh.

Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Erwerbslosenfürsorge und Kriegsbeschädigte.

Alle Kreise des deutschen Volkes, unter ihnen vor allem die Arbeitgeber, werden helfen müssen, um den Kriegsbeschädigten in den schweren Tagen der Demobilisation und des wirtschaftlichen Uberganges, in die wir eingetreten sind, zur Arbeit zu helfen oder sie in der Arbeit festzuhalten. Dennoch ist es unermesslich, daß ein nicht geringer Teil der Kriegsbeschädigten, nicht anders wie ein Teil der gesunden Arbeitskräfte, zeitweilig ohne Erwerb bleibt. Das wird vor allem für die industriellen Teile des Reiches gelten, während in den landwirtschaftlichen Bezirken nach wie vor ein starker Mangel an Arbeitskräften herrscht. Das allgemeine Bestreben, neue Arbeitsgelegenheiten zu schaffen und damit der erwerbsfähigen Bevölkerung die Möglichkeit ausreichender Arbeitsverdienstes zu sichern, wird auch den Kriegsbeschädigten zugute kommen. Ebenso werden sie aber auch, soweit sie arbeitsfähig und arbeitswillig sind, in die Erwerbslosenfürsorge eingetreten haben, die das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation am 13. November d. J. angeordnet hat. Die Grundlinien dieser Erwerbslosenfürsorge sind in der Tagespresse schon dargelegt worden. Es ist bekannt, daß Träger dieser Fürsorge die Gemeinden oder Gemeindeverbände sind, daß ihnen aber der größere Teil ihres Aufwandes vom Reiche erstattet wird. Besondere Beachtung verdient, daß die Erwerbslosenfürsorge nicht nur Arbeitnehmer erfasst,

sondern auch Angehörige selbständiger Berufe, z. B. Handwerker, Kaufleute u. h., wenn sie infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit sich in bedürftiger Lage befinden. Die Höhe der Leistung, die die Erwerbslosenfürsorge gewährt, ist nicht allgemein geordnet, sie soll den örtlichen Verhältnissen angepasst werden; sie muß aber zum mindesten dem Ortslohn nach der Reichsversicherungsordnung entsprechen. Es kann erwartet werden, daß sie selbst an Orten, in denen der Ortslohn niedriger bemessen ist, nicht weniger als 3 Mark beträgt. Die Unterstützung für den Ernährer einer Familie wird nach der Zahl der Familienmitglieder angemessen erhöht. Den Kriegsbeschädigten darf die militärische Rente nur soweit angerechnet werden, als die Erwerbslosenunterstützung und sonstige Unterstützungen und Rentenbezüge zusammen den vierfachen Ortslohn übersteigen. Besonders bedeutsam ist § 8 der Verordnung, nach dem die Erwerbslosen verpflichtet sind, unter bestimmten Voraussetzungen jede ihnen nachgewiesene geeignete Arbeit anzunehmen. Für die Reise in den Beschäftigungsort wird freie Fahrt gewährt. Es darf erwartet werden, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände in der Erwerbslosenfürsorge für Kriegsbeschädigte mit den örtlichen Stellen der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge eng zusammenarbeiten werden. Es kann den Kriegsbeschädigten deshalb nur nachdrücklich empfohlen werden, in allen Fragen, die die Erwerbslosenfürsorge betreffen, sich Rat und Hilfe bei ihrer Fürsorgestelle zu holen. Die Fürsorgestelle wird sich insbesondere bemühen, die Zeit erzwungener Ruhe nicht nutzlos für sie verstreichen zu lassen. Sie wird den Kriegsbeschädigten in allen geeigneten Fällen Gelegenheit geben, sich in ihrem Beruf fortzubilden oder für den neuen Beruf, dem sie sich nach fachverständiger Beratung zuwenden wollen, vorzubereiten.

Aus der Fürsorge für Armbeschädigte.

Fast allgemein wird der Verlust oder die Gebrauchsunfähigkeit des rechten Armes als ein weit größeres Unglück erachtet, als die Einbuße des linken. Dies ist wenigstens in dem Maße, wie es fast durchweg geschieht, sachlich nicht gerechtfertigt. Freilich, im Anfang werden es die des Gebrauchs der rechten Hand Beraubten, die nicht schon früher die linke Hand besonders geübt haben, schwerer haben, bis die Linke sich an die Tätigkeit gewöhnt hat, die sonst die Rechte ausübt. Das Unklare verlangt von ihnen vielleicht noch mehr Willenskraft als die Anpassung der Rechtsarmen. Im übrigen ist aber die Linke nicht weniger brauchbar als die Rechte, wenn sie erst einmal eingeübt ist. Es ist daher nicht gerechtfertigt, wenn z. B. Arbeitgeber Einkommensanteile, aber nicht Rechtsamputierte einstellen wollen, es sei denn, daß z. B. die fraglichen Maschinen und deren Schutzvorrichtungen eine Bedienung mit der linken Hand nicht gestatten. Das übliche Vorurteil gegen die linke Hand birgt für die Einkommensarmen die Gefahr, daß sie ohne schwerere eine Stelle finden; dieses Vorurteil trifft aber auch die Rechtsarmen insofern, als der Verlust des linken Armes häufig als ein geringeres Opfer betrachtet wird, und man den Verstoßungen zu Unrecht weniger Rücksicht entgegenbringt als den Rechtsamputierten. Unter besonderen Umständen kann sogar das Fehlen der rechten Hand gegenüber dem der linken geradezu ein Vorteil sein. So sieht es beispielsweise der einarmige Klavierkünstler Graf Jachy als einen Vorteil an, daß er den rechten und nicht den linken Arm verloren hat, weil er mit dem linken Daumen die Melodie besser hervorheben kann, als es mit der rechten Hand möglich wäre.

Kriegsbeschädigtenfürsorge — ein Recht.

Trotzdem die Kriegsbeschädigtenfürsorge in all ihren Teilen bereits jahrelang tätig ist, begegnet man ihr von Seiten der Kriegsbeschädigten nicht selten mit unbefriedigtem Mißtrauen. Der Grund für diese Erscheinung ist zweifellos darin zu suchen, daß durch die ehrenamtliche Mitarbeit der Vertreter aller Berufsstände der Anschein erweckt wurde, als handle es sich um die Gewährung einer Gnade, als wäre ihre Betätigung ein Entgegenkommen gegen die Kriegsbeschädigten. Demgegenüber kann mit allem Nachdruck nur darauf hingewiesen werden, daß die Gewährung aller Fürsorgemaßnahmen eine ebenso selbstverständliche Pflicht ist, wie die Gewährung der Rente. Der Kriegsbeschädigte, der die Einrichtungen der Fürsorge in Anspruch nimmt, macht damit nur Gebrauch von einem ihm zustehenden Recht. Die Ansicht der leitenden Kreise der Kriegsbeschädigtenfürsorge geht durchaus dahin, daß ihre Tätigkeit nicht mit den Ausflüssen privater Wohltätigkeitspflege auf eine Stufe gestellt werden darf, sondern, daß es Pflicht des Reiches ist, neben der Rentenfürsorge auch die Berufsbeschädigten zu gewähren. Selbstverständlich wird durch dieses Recht auf soziale Fürsorge das Recht auf Rente in keiner Weise beeinträchtigt.

Unsere heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Verantwortlich für den Text: Fr. Kuhle, Serford.
Dr. A. Kuhle, Serford.

[Faint handwritten notes at the bottom of the page]